Foto: Markus Jonas

Ist Geld gerecht?

Lars Schäfers zu einer fundamentalen Frage der Katholischen Soziallehre

In einem Online-Talk, zu dem die Bischöfliche Akademie des Bistums Aachen und der Junge BKU im November 2024 eingeladen hatten, ging es um die Frage, ob Geld „gerecht“ sein kann. Lars Schäfers, Generalsekretär von Ordo socialis, hielt dazu diesen Impulsvortrag. Im BKU Journal 2|2025 folgt ein Beitrag der Theologin Dr. Aleksandra Brand, die auch beim Online-Talk zum Thema sprach.

Bevor wir fragen, ob Geld gerecht ist, ist zu fragen, was Geld eigentlich ist. Angesichts zahlreicher Definitionsversuche wird Geld volkswirtschaftlich inzwischen vor allem von seinen Funktionen her definiert. Die Tausch- und Zahlungsmittelfunktion besagt, dass Geld bei Güter- und Dienstleistungskäufen allgemein akzeptiert wird. Ohne diese Eigenschaft ist eine vernetzte und arbeitsteilige Wirtschaft mit Spezialisierung schwerlich vorstellbar. Die Wertaufbewahrungsfunktion bezieht explizit die zeitliche Perspektive mit ein und verweist auf die Wertbeständigkeit bzw. den Vermögenscharakter von Geld. Die Funktion der Recheneinheit bezieht sich darauf, dass durch Geld ein Wertmaßstab geliefert wird, mit dem einzelne Güter miteinander verglichen werden können.

Geld ist dabei nicht nur aus volkswirtschaftlicher, sondern auch aus katholischer Sicht weder von Natur aus schlecht noch an sich gut. Es kommt darauf an, wie es verwendet wird. Geld ist erst mal moralisch neutral. Es ist ein Werkzeug, das je nach seiner Nutzung Gutes bewirken oder Schaden anrichten kann. Die Gerechtigkeit im Umgang mit Geld hängt davon ab, wie es erworben, verwendet und verteilt wird.

Die Kirchenväter und mittelalterlichen scholastischen Theologen haben sich ausführlich mit dem Thema Geld und Reichtum auseinandergesetzt. Ihre Schriften spiegeln die grundlegende Spannung zwischen dem Nutzen des Geldes und den Gefahren, die es für das geistliche Leben darstellt, wider.

Die Kirche anerkennt aufbauend auf diesen Lehren das Recht auf Privateigentum, betrachtet es jedoch nicht als absolut: Privateigentum ist gerecht, wenn es der menschlichen Person dient und ihr ermöglicht, in Würde zu leben. Aber: Das Recht auf Privateigentum ist eingeschränkt durch das Prinzip der „universalen Bestimmung der Güter“: Alle Güter der Erde sind von Gott für alle Menschen geschaffen. Wer mehr besitzt, ist moralisch verpflichtet, mit den weniger Begünstigten zu teilen. Papst Leo XIII. formuliert es in der ersten Sozialenzyklika von 1891 so: „Die Menschen sind daher in der Ausübung des Eigentumsrechts nicht nur an sich selbst gebunden, sondern auch an die Allgemeinheit, welche das Wohl aller anstrebt“ (Rerum Novarum, Nr. 28).

Für die Ordnung der geldbasierten Wirtschaft bedeutet das: Die Katholische Soziallehre vertritt kein bestimmtes „christliches“ Wirtschaftsmodell. Jedoch hat insbesondere Papst Johannes Paul II. unterstrichen, dass eine freie Marktwirtschaft mit der unverzichtbaren Rolle des Geldes grundsätzlich positiv zu bewerten sei, da sie „das wirksamste Instrument für die Anlage der Ressourcen und für die beste Befriedigung der Bedürfnisse“ darstelle. Zentral ist die Formulierung der Enzyklika „Centesimus annus“ (1991), in der „die grundlegende und positive Rolle des Unternehmens, des Marktes, des Privateigentums und der daraus folgenden Verantwortung für die Produktionsmittel“ gewürdigt wird, sofern eine Marktwirtschaft nicht schrankenlos,

sondern durch eine solide Rechtsordnung eingehegt ist. Denn ein vom Wettbewerbsprinzip geprägter Markt kann als „ein wirkungsvolles Mittel“ betrachtet werden, „um wichtige Ziele der Gerechtigkeit zu erreichen“.

Das „Gerechte“ an Geld im heutigen wirtschaftlichen Kontext liegt also nicht nur in seiner Funktion als Tauschmittel, sondern auch in seiner Fähigkeit, als Motor für Investitionen, Innovationen, Kapitalbildung und Marktfunktion zu wirken. In der modernen Wirtschaft unterstützt Geld den globalen Handel, fördert technologische Fortschritte und hilft dabei, wirtschaftliche Risiken zu steuern und zu stabilisieren. Es ist daher eine fundamentale Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Entwicklung.

Denn marktwirtschaftlich geschaffener Wohlstand soll mithilfe des Sozialstaates möglichst allen in der Gesellschaft zugutekommen, besonders jenen, die von sich aus nicht befähigt sind, am Markt teilzunehmen. Solidarität als Sozialprinzip ist demnach als rechtlich zu garantierende Pflicht zu verstehen, dass sich nicht der Einzelne allein, sondern die ganze Gesellschaft und ihre Institutionen für das Wohl aller einsetzen. Solidarität begründet nach diesem Verständnis den Anspruch jedes Menschen, bei Bedürftigkeit von der Gemeinschaft beziehungsweise vom Staat die Hilfe zu erhalten, die es ihr oder ihm ermöglicht, sich im Sinne der Subsidiarität wieder selbst helfen zu können.

Ein etwas anderer Grundton prägt dagegen die Grundlegung der Wirtschaftsethik von Papst Franziskus, der bei seiner in seinem ersten Apostolischen Schreiben „Evangelii gaudium“ (2013) enthaltenen Kritik an Fehlformen der marktwirtschaftlichen Ordnung den viel zitierten Satz formulierte: „Diese Wirtschaft tötet.“ Geld soll nicht zur Spaltung der Gesellschaft führen, sondern zur Einheit und Zusammenarbeit beitragen. Papst Franziskus schreibt: „Die Wirtschaft tötet, wenn sie den Menschen zum Mittel für den Profit macht und die armen und schutzlosen Menschen unterdrückt“ (Evangelii Gaudium, Nr. 53).

Kriterien für gerechtes Geld: Auf Basis der kirchlichen Soziallehre kann man klare ethische Maßstäbe formulieren, um die Gerechtigkeit im Umgang mit Geld zu bewerten.

Gerechter Erwerb: Geld muss auf moralisch rechtmäßige Weise erworben werden. Illegale oder unmoralische Praktiken wie Diebstahl, Betrug oder Ausbeutung von Arbeitskräften sind Sünden. Auch der übermäßige Fokus auf Gewinnmaximierung auf Kosten von Menschen oder der Umwelt wird als ungerecht kritisiert.

Geld ist eine fundamentale Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts und der sozialen Entwicklung.

Gerechte Verteilung: Geld und Reichtum sollten nicht nur bei wenigen konzentriert sein. Eine extreme Ungleichheit wird als Widerspruch zur Gerechtigkeit angesehen. Die Katholische Soziallehre betont die Verpflichtung zur Umverteilung, insbesondere durch Almosen, Spenden und soziale Systeme, um die Bedürfnisse der Armen zu berücksichtigen.

Gerechte Verwendung: Geld sollte nicht gehortet werden, sondern im Dienst des Gemeinwohls stehen. Es ist ungerecht, Reichtum zu verschwenden, während andere in Not leben. Papst Franziskus ruft in „Laudato Si“ (2015) zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Geld auf, der letztlich soziale und ökologische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Lars Schäfers